

Ihr/-e Gesprächspartner/-in:

Andreas Stangl

Dr.<sup>in</sup> Julia Eder

Präsident der AK Oberösterreich

Abteilung Wirtschafts- Sozial- und  
Gesellschaftspolitik

**Nur mit uns und nicht auf unsere Kosten:  
Arbeiterkammer OÖ fordert,  
den ökologischen Umbau sozial und durch  
Einbindung aller Betroffenen zu gestalten**

Pressekonferenz

Dienstag, 25. April 2023, 10 Uhr

Arbeiterkammer Linz

Die Pariser Klimaziele sind seit Jahren in aller Munde. Die EU will bis 2050 klimaneutral werden. In Österreich soll es schon 2040 soweit sein. Der nachhaltige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kann nur gemeinsam mit und vor allem unter Einbindung der Beschäftigten erreicht werden. Dabei müssen wir den Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen mit wirtschaftlichen und sozialen Aspekten in Einklang bringen. Für die AK ist effektiver Klimaschutz eine soziale und verteilungspolitische Frage. Genau die soziale Komponente und die gerechte Verteilung kommen aber zu kurz. Wie kann Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden? Wer verursacht wie viele Emissionen, wer legt die Maßnahmen fest? Wer darf mitreden, wer hat Ansprüche auf Förderungen und wer soll das bezahlen? Und wie weit sind die Unternehmen in Oberösterreich bereits bei der ökologischen Umstellung ihrer Gebäude und Anlagen? All diese Fragen haben wir nicht nur uns selbst gestellt, sondern auch Betriebsratsvorsitzenden aus 21 oberösterreichischen Leitbetrieben. Wir sehen die Klimafrage auch als Verteilungsfrage. Die AK fordert deshalb, dass der ökologische Umbau soziale Aspekte ins Zentrum rückt und die Beschäftigten nicht zurücklässt.

### Die Ausgangslage Oberösterreichs

Mit dem „Fit für 55“-Programm hat die Europäische Union die Weichen für eine ambitionierte Klimapolitik gestellt. Bis 2030 sollen die Netto-Treibhausgas-Emissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Für 2050 wird Klimaneutralität angestrebt. Das Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung ist sogar noch ehrgeiziger: Österreich soll bereits 2040 klimaneutral sein. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Laut Klimaschutzbericht 2022 des Umweltbundesamtes stammten 2020 knapp 44 Prozent der österreichischen Treibhausgas-Emissionen aus Industrie und Energie und nochmals knapp 30 Prozent aus dem Verkehrssektor. Das bedeutet, dass knapp drei Viertel der österreichischen Emissionen aus diesen drei Bereichen stammen, die sich auch wechselseitig beeinflussen. Industrielle Produktion ist häufig energieintensiv und die Rohstoffe sowie die produzierten Güter erfordern Transport. Aus diesem Grund hängen noch viel mehr Arbeitsplätze an der Industrie, als es auf den ersten Blick scheint.

Oberösterreich ist als Industriebundesland Nummer 1 besonders gefordert. Hier befindet sich ungefähr ein Viertel der gesamten Industrie Österreichs und rund 40

Prozent der Wertschöpfung hängen an der Industrie inklusive produzierendem Gewerbe und Bauwesen. 29 Prozent der Treibhausgas-Emissionen Österreichs stammen laut Klimaschutzbericht 2022 allein aus unserem Bundesland. Im Juli 2022 zählte der Bereich „Herstellung von Waren“ in Oberösterreich laut Statistik Austria 178.000 unselbstständig Beschäftigte. Viele unserer Mitglieder werden direkt oder indirekt vom ökologischen Umbau der Wirtschaft betroffen sein. Wir wollen dafür sorgen, dass er auch sozial gerecht umgesetzt wird.

### **Ökologischer Umbau der Wirtschaft ist auch eine Verteilungsfrage**

Der ökologische Umbau der Wirtschaft beeinflusst auch die Gesellschaft. Die Ausgestaltung von Klimapolitik ist eine Frage der gerechten Verteilung von Kosten, Risiken und Betroffenheit. Laut dem Soziologen Prof. Dr. Steffen Mau ist die Klimafrage sogar „die größte Verteilungsfrage, vor der wir stehen.“ Wir teilen diese Einschätzung und fordern deshalb einen sozial gerechten Klimaschutz im Interesse unserer Mitglieder. Als Arbeiterkammer möchten wir diese anstehenden Veränderungen als Prozess unter Einbeziehung aller Betroffenen aktiv mitgestalten. Wird dieser Prozess nicht aktiv begleitet, werden Gewinne und Kosten ungleich verteilt werden und es kommt zu massiven Verwerfungen am Arbeitsmarkt.

Für die Beschäftigten ist die ökologische Transformation mit mehreren Risiken verbunden. Zuallererst steht der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen. Als AK setzen wir uns für die Sicherung und den Ausbau des Industriestandorts OÖ ein, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Für die Beschäftigten in den vom Umbau betroffenen Branchen braucht es eine „Just Transition“, einen gerechten Übergang hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, eine Individualisierung des Problems und seiner Lösung abzuwenden. Der dominante Fokus der Klimapolitik liegt auf der Steuerung des individuellen Konsumverhaltens, etwa durch CO<sub>2</sub>-Steuern. Mit diesem Ansatz werden einkommensschwächere Gruppen zu – teilweise massiven – Einschränkungen gezwungen, während sich Reiche von ihren Klimasünden „freikaufen“ können. Einkommensschwächere Gruppen, die schon jeden Euro umdrehen müssen, müssten ihren Lebensstil weiter einschränken, während andere für ihre Privatjetflüge einfach etwas mehr bezahlen, ohne dass sie es wirklich merken.

Für die Einsparung von Emissionen sollte aber ohnehin nicht das Hauptaugenmerk auf der Konsumseite liegen, sondern auf produktionsseitigen Emissionen, die durch die Produktionsstrukturen, Infrastruktur und Energieversorgung entstehen. Nicht zuletzt besteht auch eine Gefahr darin, dass die Kosten für den Umbau von gewinnträchtigen Unternehmen hin zu den Beschäftigten verschoben werden. 80 Prozent aller Steuern und Abgaben kommen in Österreich ohnehin schon von den Arbeitnehmern/-innen und Konsumenten/-innen. Wenn nun der Staat Geld vor allem an Unternehmen ausschüttet, entsteht hier eine Schieflage.

### **Befragung von Betriebsräten**

Die Arbeiterkammer OÖ beschäftigt sich schon länger mit den Herausforderungen des sozial-ökologischen Umbaus. Uns war es aber wichtig, auch die Einschätzungen unserer Mitglieder in Erfahrung zu bringen. Aus diesem Grund wurden ab dem Frühjahr 2022 Interviews mit Betriebsräten/-innen aus insgesamt 21 oberösterreichischen Unternehmen geführt, die besonders vom Umbau betroffen sind. Unter anderem wurden Vertreter/-innen aus Betrieben der Fahrzeug(zulieferer)-, Chemie-, Papier-, Zement- und Stahlindustrie sowie aus der Energiewirtschaft befragt. Auf Basis der Auswertung der Gespräche wurden dann die bisherigen AK-Forderungen nachgeschärft. Für die Arbeiterkammer OÖ beginnt die Einbeziehung der Beschäftigten damit, ihre Bedürfnisse zu erheben und ihre Bedenken ernst zu nehmen.

### **Betriebe in Verantwortung nehmen: Förderungen brauchen klare Bedingungen**

In den Interviews wurde von verschiedenen Betriebsräten/-innen bemängelt, dass Österreich keine klare politische Strategie mit realistischen und klar definierten Etappenzielen für den sozial-ökologischen Umbau und einer Einbeziehung der Beschäftigten und deren Vertretungsorgane hat. Die Erreichung ambitionierter Ziele benötigt mehr als über Preise, Förderungen und Prämien oder steuerliche Vergünstigungen, Marktanreize für ökologisches Kaufen und Produzieren zu setzen. Der notwendige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht dem Markt überlassen werden darf. Als AK Oberösterreich fordern wir strategische öffentliche Investitionsprogramme, die aber Kosten, Risiken und Betroffenheit fair verteilen. Es dürfen nicht Gewinne in privaten Händen verbleiben, während Unternehmensförderungen ohne

Gegenleistung ausbezahlt werden. Dieses Anliegen formulierte ein Betriebsrat mit treffenden Worten:

*„Und das nächste Thema ist, wenn ich die Industrie hernehme, die liebt halt die Förderungen (...). [Deshalb ist es] wichtig, dass die Arbeiterkammer und die Gewerkschaft (...) draufpochen, dass das nicht einmal der Konsument am Ende des Tages zahlt.“* (Interview 1)

Die AK wird deshalb in Zukunft viel detaillierter als bisher analysieren, welche Ansprüche auf Förderungen Unternehmen und Konsumenten/-innen haben, und wie diese finanziert werden. Öffentliche Förderungen aus dem Steueraufkommen müssen an klare Bedingungen geknüpft werden, die über eine Standort- und Beschäftigungsgarantie hinausgehen. Die bekannte US-Ökonomin Mariana Mazzucato nennt eine direkte Gewinnbeteiligung der öffentlichen Hand über Kapitalbeteiligungen oder Lizenzgebühren als Option. Auch indirekt können Bedingungen für den Erhalt staatlicher Förderungen gestellt werden, z.B. die Auflage, einen Teil der Gewinne zu reinvestieren oder die staatliche Fixierung von Preisobergrenzen für Produkte, deren Entwicklung durch öffentliche Gelder unterstützt wurde (z.B. Pharmaprodukte). Die Bedingungen könnten aber auch die Einbindung der Beschäftigten als Grundlage haben. Außerdem sollte es keine öffentlichen Förderungen bzw. Aufträge für Unternehmen geben, die Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung betreiben sowie gegen arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Bestimmungen verstoßen. Bei einem Bruch mit den Auflagen sollen die Förderungen zurückbezahlt werden müssen.

### **Flankierende Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik**

Klimapolitik benötigt flankierende sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wenn sie sozial gerecht sein will, da Arbeitsplätze vom Umbau unmittelbar betroffen sind. Ein Betriebsrat formulierte treffend:

*„Ich glaube, das ist wirklich so, Klimapolitik ist schlussendlich auch Arbeitsmarktpolitik und wenn wir die Rahmenbedingungen in Österreich nicht zusammenkriegen, dann wird irgendwann einer das Licht abdrehen. Nämlich der letzte, der da rausgeht.“* (Interview 9)

Ein sozial verträglicher Umbau der Wirtschaft wird durch die Sicherung und den Ausbau des Sozialstaats möglich. Gleichzeitig müssen wir auch Betriebe in die

Pflicht nehmen. Profitable Unternehmen dürfen die Unsicherheit des Umbaus nicht auf ihre Beschäftigten abwälzen, sondern müssen Überlegungen anstellen, wie sie möglichst alle Arbeitsplätze erhalten können.

Als Arbeitnehmervertretung müssen wir die Produktionsveränderungen aktiv begleiten, Qualifikationen und Berufsbilder der Zukunft aufzeigen sowie Betroffene bei einem Umstieg durch aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützen.

*„Ich glaube, das Wichtigste ist, dass man dem Menschen, der arbeitet, diese Ökologisierungschance zeigen kann. Jetzt wird überall in den Medien berichtet, es wird ökologisiert und jeder hat Angst um seinen eigenen Job, wie schaut das in Zukunft bei mir aus. Also ich glaube, das ist ein wichtiges Ziel zu vermitteln, wo entwickle ich mich hin, wo kann ich mich hin entwickeln, (...) wo werden die Arbeitsplätze in Zukunft sein.“* (Interview 10).

Für den Umbau benötigen die Arbeitnehmer/-innen neue, zusätzliche Qualifikationen. Dies kann die öffentliche Hand nicht alleine stemmen. Auch die Betriebe haben hier eine Verantwortung, ihre Beschäftigten für die neuen Erfordernisse fit zu machen. Deshalb fordern wir, dass ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung etabliert wird. Außerdem soll während Phasen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Requalifizierung eine existenzsichernde Absicherung durch das Arbeitsmarktservice (AMS) und/oder Betrieb bestehen. Die Integration von Aspekten ökologischer Nachhaltigkeit in die Lehrlingsausbildung soll intensiviert werden.

Die immer größer werdende Arbeitskräfteknappheit muss durch die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Kinderbetreuungsangeboten und Gesundheitsförderungsprogrammen begegnet werden. Auch die verstärkte Einstellung von Über-Fünfzigjährigen und von bisher schlechter in den Arbeitsmarkt integrierten Gruppen kann Abhilfe schaffen. Die von mehreren Betriebsräten beschriebene betriebliche Praxis („In den vergangenen zehn Jahren wurde bei uns kein Arbeiter über 50 eingestellt“) gilt es zu ändern.

### **Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Beschäftigten garantieren**

Wir wollen einen staatlich angeleiteten sozial-ökologischen Umbau, bei dem die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und in den die Beschäftigten selbst eingebunden werden. Es braucht eine Stärkung der sozialpartnerschaftlichen

Zusammenarbeit in diesem Bereich, basierend auf ernsthafter Mitbestimmung der Arbeitnehmer/-innen sowie der Gewerkschaften, des ÖGB und der Arbeiterkammer.

### **Was es zusätzlich braucht**

Anstatt den Menschen das Autofahren zu verbieten oder es für sie massiv zu verteuern, sollte schleunigst in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Verdichtung der Intervalle investiert werden. Ohne das Vorhandensein attraktiver Alternativen kann die Politik nicht erwarten, dass Menschen auf das Autofahren verzichten, insbesondere in ländlichen, schlecht angebundenen Regionen. Dazu ein Betriebsrat:

*„Ich kann dem Konsumenten das nur so verkaufen, wenn ich eine Qualität anbieten kann. Ich kann nicht sagen, verzichtet auf das Auto und nur dreimal am Tag kommt ein Bus.“ (Interview 1)*

Außerdem muss die regionale Infrastruktur verbessert werden, um Mobilitätswänge zu reduzieren. Wenn Wohnhaus, Kindergarten, Lebensmittelgeschäft und Arbeitsstätte an vier unterschiedlichen Orten liegen, ist ein Auto unverzichtbar. Im Energiebereich ist ein Ausbau der Netze und der erneuerbaren Energien durch öffentliche Versorger durchzuführen.

### **Unsere Forderungen auf einen Blick**

- Die ökologische Wende in der europäischen und österreichischen Wirtschaftspolitik ist auch eine Verteilungsfrage: Wir machen uns stark für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt für unsere Mitglieder und verhindern dabei, dass Klimaschutzmaßnahmen von unten nach oben umverteilen.
- Öffentliche Förderungen nur gegen klare Bedingungen vergeben: Die Gesellschaft muss etwas zurückbekommen, wenn sie gewinnorientierte Unternehmen unterstützt. Zugleich ist es wichtig, dass nicht nur Unternehmen Förderungen erhalten, sondern auch die Menschen als Konsumenten/-innen, Arbeitnehmer/-innen oder als Wohnungs- und Hausbesitzer/-innen, wenn Sanierungen anstehen.

- Nur eine enge Verschränkung von Industriepolitik mit Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik macht den ökologischen Umbau auch sozial. Niemand darf zurückgelassen werden!
- Den Umbau mitgestalten statt überrollt werden: Wenn wir es bezahlen, wollen wir mitreden! Für eine stärkere Einbindung und Mitbestimmung bei Transformationsprojekten von Arbeitnehmern/-innen und deren Interessenvertretungen.
- Mobilität und Energieversorgung neugestalten: Wir fordern die Schaffung von attraktiven öffentlichen Verkehrsanbindungen, die Verbesserung regionaler Infrastruktur zur Verringerung von Mobilitätswängen sowie für den Ausbau der Netze und erneuerbaren Energien durch öffentliche Versorger.
- Klimapolitik braucht nachhaltige Finanzierung: Der ökologische Umbau der Wirtschaft erfordert mutige Investitionen: Die notwendigen Mittel sollen nicht vom Sozialstaat „abgespart“ werden, sondern es braucht flexiblere Fiskalregeln, die umfangreiche Kreditaufnahmen und Förderungen ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass keine enormen Mitnahmeeffekte ausgelöst werden und nicht Unternehmen massiv überfordert werden, die ohnehin hohe Gewinne schreiben. Auch sie müssen ihren Beitrag zum ökologischen Umbau leisten!